

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 26.Februar 2026

Martin Habersaat

Was Arbeit ist, muss auch als Arbeit zählen

TOP 13: Arbeitszeiterfassung für Schleswig-Holsteins Lehrkräfte (Drs. 20/4075)

Wir reden heute über Arbeitszeit. Wieder. Aber in Wahrheit reden wir über Respekt. Über Gesundheit. Und über die Zukunft unserer Schulen.

Das haben wir vor knapp einem Jahr schon einmal getan. Sie erinnern sich vielleicht: Die SPD hatte beantragt, eine Einladung Bremens an andere Bundesländer anzunehmen, gemeinsam die tatsächliche Arbeitszeit von Lehrkräften zu erfassen.

Spätestens seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshof und der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ist klar: Arbeitgeber müssen Arbeitszeit erfassen.

Nicht irgendwann. Nicht optional. Sondern grundsätzlich.

In Hamburg gibt es seit über 20 Jahren ein Arbeitszeitmodell, das nicht nur Unterricht zählt, sondern auch Konferenzen, Fortbildungen, Klassenleitungen und besondere Funktionen – differenziert nach Klassenstufen und Fächern. Im März 2025 teilte die damalige Bildungsministerin Karin Prien mit, Schleswig-Holstein werde sich mit diesem Thema in dieser Legislaturperiode nicht mehr befassen. Ein Antrag von CDU und Grünen zum Haushalt 2026 lässt mich hoffen, dass Sie auch damit falsch lag.

Nun haben Sie sich in Ihrem Haushaltsantrag nicht auf Bremen bezogen, sondern auf Sachsen. Entscheidend ist aus meiner Sicht vor allem, dass wir in diesem Thema vorankommen.

Und in Sachsen gab es durchaus interessante Erkenntnisse:

- Vollzeit-Lehrkräfte in Sachsen arbeiten in etwa so viel wie vorgesehen. Allerdings ist die Belastung im Schuljahr sehr ungleich verteilt.
- Teilzeitlehrkräfte arbeiten mehr, Schulleitungen viel mehr, als sie sollten.
- Es gibt große individuelle Unterschiede.

Nun gab es an der sächsischen Erhebung Mängel, die wie in Schleswig-Holstein uns sparen sollten. Beispielsweise im Umgang mit den Kolleg*innen. Es wurden dienstrechtliche Konsequenzen bei der Eingabe unplausibler Daten angedroht – das motivierte nicht zur ehrlichen Teilnahme. Krankheit in den Ferien blieb unbeachtet.

Ich spreche regelmäßig mit Lehrkräften in Schleswig-Holstein. Und fast alle sagen mir dasselbe:

Die Unterrichtsstunden sind das eine – die eigentliche Arbeit passiert daneben. Vorbereitung. Korrekturen. Elterngespräche. Konferenzen. Förderpläne. Vertretungen. Klassenfahrten. Organisation. Die Belastungen haben zugenommen.

Und manchmal fühlt man sich regelrecht vera... auf den Arm genommen. Da lässt die Günther-Regierung mit viel Aplomb drei Jahre an fünf Standorten erforschen, ob zusätzliche Verwaltungskräfte Schulleitungen und Lehrkräfte entlasten können. Das Ergebnis: Ja. Die Reaktion der Landesregierung: Dank für die Teilnahme am Experiment und der Hinweis an die Verwaltungskräfte, sich ab Sommer einen neuen Job zu suchen.

Viele Aufgaben tauchen in unseren Pflichtstudententabellen kaum auf. Wir tun so, als ließe sich der Lehrerberuf auf 28 Stunden an der Grundschule oder 25,5 Stunden am Gymnasium reduzieren. Das ist realitätsfern – und ehrlich gesagt auch respektlos.

Die Folgen sehen wir längst: Nur rund 16 Prozent der Lehrkräfte erreichen überhaupt die reguläre Altersgrenze im aktiven Dienst. Gleichzeitig steigt die Zahl derer, die wegen Dienstunfähigkeit frühzeitig ausscheiden.

Und die Landesregierung erklärt den Lehrkräften ernsthaft, sie müssten ihre Aufgaben eben „im Rahmen ihres persönlichen Zeitmanagements“ erledigen.

Oder erzählt ihnen, es sei ein Privileg, „ohne Stechuhr“ zu arbeiten.

Das wird weder dem Problem gerecht noch den mindesten Ansprüchen an Respekt gegenüber unseren Lehrkräften. Das ist kein individuelles Zeitmanagementproblem. Das ist ein strukturelles Problem – und dafür trägt die Politik Verantwortung. Es wäre schön, wenn Sie diese Verantwortung heute annehmen.

Mein Vorschlag ist, dass wir diesen Antrag in den Bildungsausschuss überweisen und ihn dort zusammen mit dem Bericht des Bildungsministeriums besprechen, das dort ja im März laut Landtagsbeschluss eine Auswertung der Studie aus Sachsen und eines Projekts der Telekom-Stiftung vorlegen wird. Dann können wir im März aus gleich beschließen, wie es weitergehen soll. Es ist hier hoffentlich niemandem daran gelegen, das Thema in dieser Legislaturperiode einfach auszusitzen.